

# Ein Überblick über die Ereignisse in Polen

April 1957

	<u>Seite:</u>
<b>A. <u>Innere Entwicklung</u></b>	1
<b>I. <u>Politische Ereignisse</u></b>	1
1) Ist der Oktober tot?	1
2) Streit um die Linke	1
3) Stalinisten nehmen Rache	7
4) GOMULKA vor der Jugend	9
<b>II. <u>Wirtschaft</u></b>	
1) Kompetenzen der Arbeiterräte	12
2) Bauern sind nicht in Nachteil	12
3) In zehn Jahren	13
<b>III. <u>Soziale Probleme</u></b>	
1) Hilfe für die Heimkehrer aus Rußland	14
2) Bestverdiener	14
3) Statistiken	
<b>B. <u>Polen und Ausland</u></b>	15
1) Polnischer Besuch in China	15
2) CHRUSCHTSCHOW freundschaftlich	16
3) Reisebericht	16
4) 12. Jahrestag des polnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages	18
5) Kreditlieferungen der DDR an Polen	20
6) Polens Aussenhandel	20
7) Polens Handel mit der Bundesrepublik	21
8) Warenaustausch Polen - SU	21
 <u>Anhang:</u>	
Die polnische Regierung; Stand April 1957	23

### 1) Ist der Oktober tot?

Es gebührt Polen zweifellos das Verdienst, sich als erstes und bisher einziges Land im sowjetischen Satellitenbereich, dazu noch mit sowjetischen Truppen auf seinem Territorium und ausserdem noch auf allen Seiten von Ländern umgeben, in denen die Sowjets oder ihre treuesten Vasallen regieren, zu einem wesentlichen Teil aus dem Satellitenverhältnis zu befreien. Der zuerst vielversprechende Versuch der Ungarn, Polen auf diesem Wege zu folgen, scheiterte. So ist die erste Bresche in dem sowjetischen "Monolithsystem", die von Polen geschlagen wurde, auch die einzige geblieben. Der jugoslawische Fall spielte sich unter gänzlich anderen Umständen ab (keine sowjetischen Besatzungstruppen im Lande, keine vollständige sowjetische Umkreisung), und kann mit dem polnischen oder ungarischen Geschehen kaum verglichen werden.

Man erinnert sich noch lebhaft an die Begeisterung, die der geleungene Warschauer Oktoberumschwung in der ganzen freien Welt auslöste, man erinnert sich auch noch gut daran, mit welcher Besorgnis diese freie Welt in den ersten Wochen nach dem polnischen Oktober die Entwicklung innerhalb des Ostblocks beobachtete, wie sich die Panikmeldungen überhäufteten. Sollte Polen das tragische Schicksal Ungarns teilen? Aber die neue Partei- und Staatsleitung in Polen unter GOMULKA verstand es bisher alle gefährlichen Klippen zu umsegeln. Heute kann es keinen Zweifel geben, daß sich das GOMULKA-Regime in Polen halten wird. Diese Feststellung wirft aber eine weitere Frage auf: Ist GOMULKA seinem im Oktober aufgestellten Programm treu geblieben? Ist die derzeitige Linie, nachdem ein halbes Jahr seit dem Oktober-Umschwung vergangen ist, eine Fortsetzung des polnischen Oktobers? Oder hat sich eine Abkehr abgezeichnet?

Mit den Oktoberereignissen in Polen hat die freie Welt sehr viele und sehr verschiedene Hoffnungen verbunden. Nicht alle die Hoffnungen waren gerechtfertigt. Neben der rein sachlichen, nüchternen Einschätzung des Geschehens haben fast alle Betrachter des Umschwunges in Polen ihre emotionell gefärbte Wunschgedanken mit dem Geschehen verbunden.

Wenn man jetzt aus der Perspektive der vergangenen sechs Monate auf den polnischen Oktober schaut, so scheint es, als ob sich die Betrachter nur in einem einig waren: Es war ein Sieg über den Stalinismus in Polen. Das bedeutete Abschaffung des Polizeiterrors, des Gewissenzwanges, die Milderung der Ausbeutung des Individuums durch den Moloch-Staat, der Unterordnung des Menschen unter die Erfordernisse der Produktion (nicht etwa den Erfordernissen der Ökonomie, sondern der stalinistisch aufgefassten Planwirtschaft), der völligen Mißachtung der menschlichen Würde. Die Entwicklung in dieser Richtung

hat sich schon vor dem Oktober abgezeichnet, unter GOMULKA bekam sie nur den Stempel der offiziellen Akzeptierung.

Nun war aber der Stalinismus kein Produkt der polnischen Verhältnisse, sondern ein von den Sowjets aufgezwungenes System. Dieses System bedeutete für die Satelliten nicht nur, dass sie ähnlich wie die Sowjetvölker regiert werden und wie diese leben müssen, sondern auch dass ihre gesamten nationalen Interessen den Interessen des sowjetischen Staates restlos untergeordnet werden müssen. Unter Stalin durfte es hinter dem eisernen Vorhang (das galt ebenso auch für die kommunistischen Parteien in der freien Welt) nur eine Staatsraison geben: Die Sowjetrussische. In der stalinschen Sprache hiess das dann: "Proletarischer Internationalismus".

Die im Oktober vollzogene Beseitigung des stalinistischen Systems in Polen galt auch für das Gebiet der polnisch-sowjetischen Beziehungen. Unter dramatischen Umständen erteilte man damals den nach Warschau herbeigeeilten Russen eine deutliche Lektion: GOMULKA war nicht geneigt, eine russische Einmischung in die internen Angelegenheiten der polnischen Partei zu dulden. Dasselbe galt auch für die staatlichen Beziehungen, und zwar auf allen Gebieten, sowohl dem politischen und wirtschaftlichen als auch dem kulturellen. Von vornherein verzichtete GOMULKA auf eine selbständige Aussenpolitik und auf die Forderung nach Abzug der in Polen stationierten sowjetischen Truppen. Solche Forderungen wären unrealistisch gewesen. Alles in allem gewann Polen nach dem Oktober den Status eines in internen Angelegenheiten autonomen Territoriums innerhalb des Ostblocks.

Das war das Fazit des Oktobers auf der negativen Seite: Die Beseitigung der Fehler der Vergangenheit. Für die Betrachter der polnischen Ereignisse wurde kein Platz für Mißverständnisse zugelassen. Diese begannen erst, als man sich vorstellen wollte, was der Oktober anstelle des Abgeschafften bringen würde. Über den mutmasslichen Weg, den GOMULKA wählen würde, hat man mancherseits grundsätzliche Fehlspekulationen gemacht, die auf der falschen Einschätzung seiner Persönlichkeit basierten. Die leidenschaftliche Kampagne, die viele kommunistische "Bruderparteien" in den ersten Wochen nach dem Oktober gegen GOMULKA entfesselten, trug noch zur Festigung dieser falschen Einschätzung bei. Der Oktoberumschwung wurde von vielen Kommunisten beiderseits des "Eisernen Vorhanges" als Verrat an der Sache des Sozialismus bezeichnet, und es war kaum verwunderlich, dass manche erwartet hatten, GOMULKA würde diese Beschuldigungen rechtfertigen. Sie glaubten, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Polen würde nun einem klassisch liberalen "Kräftespiel" überlassen. Andere wollten nicht glauben, dass GOMULKA kein guter Sozialist sei und nahmen an, er würde eine ähnliche Linie wie die regierenden sozialistischen

Parteien der westlichen Welt einschlagen können. Es mag sein, dass gewisse Betrachter noch andere Wunschgedanken mit GOMULKA verbunden haben, dass sie das von ihm geschaffene System als eine Übergangserscheinung ansahen, dass sie vor den Augen ihres Geistes ein Polen sahen, das aus dem Ostblock herausgelöst den Anschluss an den Westen gefunden hat. Eine solche Entwicklung sollte natürlich schon ohne GOMULKA nach seinem vermeintlichen späteren Sturz geschehen. Gedanken und Illusionen kann man nicht bändigen, aber es lohnt nicht, sich mit allen zu befassen.

Nicht alle Erwartungen waren so abwegig, wie die zuletzt formulierte. Aber Gomulka war auch kein Liberaler oder Sozialdemokrat. Er war ein überzeugter Kommunist, dem der steife stalinistische Kragen nicht gepasst hatte. Er war starrköpfig genug, um das offen zu einer Zeit zu zeigen, in der es ihn den Kopf kosten konnte. Er hat eine Zeit erlebt, in der man den würgenden Kragen ablegen konnte. Aber das bedeutete nicht, dass er seine ganze Vergangenheit über Bord geworfen hat. Für GOMULKA gab es neben den polnischen noch einen anderen Oktober, nämlich den von 1917. In dem Gedankengut der russischen Oktoberrevolution glaubt GOMULKA genug humane Werte zu finden, um sie zum Inhalt des "polnischen Oktobers" zu machen. In dem Sinne ist er ein orthodoxer Kommunist, dem jeder revisionistischer Gedanke fremd ist. Er glaubt, dass für ihn kein Anlass bestehe, nach den menschlichen Werten des Liberalismus oder des demokratischen Sozialismus westlicher Prägung zu greifen.

Für viele war das natürlich eine Enttäuschung. So konnte es nicht ausbleiben, dass man zurzeit in Polen und im Ausland die Entwicklung der letzten sechs Monate als eine Abkehr vom polnischen Oktober bezeichnet hat.

Will man diese Frage klären, so muss man alle emotionellen Momente, alle Hoffnungen, die nur Wunschgedanken der Betrachter waren, ausschalten. Der linke Flügel der Partei, der ohne Zweifel GOMULKA den Weg zur Macht geebnet hat, war nicht abgeneigt, große Teile des nichtkommunistischen Gedankengutes des Liberalismus und "Sozialdemokratismus" zu übernehmen. GOMULKA hat sich aber nie dazu bereiterklärt. Er tat es nicht und er bekämpfte solche Bestrebungen bei der Linken. Der "Verzicht" des bisherigen Chefredakteurs der Zeitschrift "Poprostu", LASOTA, der bekanntlich zu den Hauptverfechtern der "revisionistischen" Tendenzen gehörte, ist ein Beweis dafür, dass GOMULKA das Recht auf freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei nicht als unbeschränkt betrachtet.

Die scharfe Bekämpfung der revisionistischen Tendenzen bei der Linken war einer der Gründe, weshalb man GOMULKA die Abkehr vom Oktober vorwarf. Ein weiterer Vorwurf wurde ihm gemacht, weil er darauf verzichtet hat, die

Stalinisten aus dem Parteiapparat zu verjagen. Die einfachen Parteimitglieder, grosse Teile der Bevölkerung des Landes und besonders der linke Flügel der Partei hatten es von ihm erwartet. Aber diese Erwartungen waren wieder emotionell gefärbt. Die Stalinisten aus dem Parteiapparat zu entfernen, bedeutete diesen Apparat zu liquidieren, da er nur aus Stalinisten bestand. Aber das hätte das Risiko mit sich gebracht, dass die Liquidierung des Apparates die Auflösungserscheinungen in der Partei selbst so weit verschärfen würde, dass dadurch die Existenz der Partei gefährdet würde. Dieses Risiko wollte GOMULKA nicht auf sich nehmen, und es ist nur allzu verständlich, warum er das nicht tat.

Nun könnte man einwenden, warum GOMULKA nicht wenigstens den Versuch unternommen hat, mit den Vertretern der Linken den Parteiapparat zu füllen. Wer aber die Spezifik der polnischen Linken kennt, der wird sich darüber nicht den Kopf zerbrechen, warum GOMULKA einen derartigen Versuch nicht unternommen hat. Die polnische Linke besteht in der überwiegenden Mehrzahl aus Elementen, die ausgesprochen intellektuellen Charakter haben, die sich ausgezeichnet dazu eignen, politische Konzeptionen aufzustellen, die Presse und den kulturellen Sektor zu beeinflussen. Die Linke besitzt aber nur sehr wenig Menschen, die zu einer organisatorischen Arbeit tauglich wären. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, warum sich die Linke nie zu einer organisierten Gesamtheit entwickelt hat. Sie setzt sich spontan aus Menschen zusammen, die in der Vergangenheit unzufrieden waren und die nach der offiziell in Moskau verkündeten Abkehr vom Stalinismus ihrer Unzufriedenheit endlich Ausdruck geben konnten. Einzelne Menschen setzten sich zu Grüppchen zusammen. Bei der entbrannten Diskussion haben sich diese Grüppchen zwar gegenseitig unterstützt, aber sie zeigten keine Tendenz, sich näher organisatorisch zu verbinden. Dies würde ihnen auch weder vor dem Oktober noch heute gestattet, aber charakteristisch war, dass die Vertreter der Linken nie eine Tendenz zur Fraktionsbildung zeigten. Den Intellektuellen, die das dominierende Element in ihren Reihen bilden, genügte es vollkommen, daß ihr Ruf nach einer grossen Erneuerung von der Masse der Parteimitglieder, ja sogar von der ganzen Bevölkerung gestützt wurde. Neben der organisierten Interessengemeinschaft der Stalinisten, die in einen internen Machtkampf seit Jahren geschult sind, wirkten sie beinahe weltfremd. Konnte GOMULKA, den man doch die Fähigkeit realistischer Einschätzung nicht absprechen kann, wirklich ernsthaft daran denken, den Parteiapparat auf solchen Menschen neu aufzubauen?

Der grösste Teil der revisionistischen Bestrebungen der Linken war GOMULKA aus echter Überzeugung zuwider. Die Linke als eine organisatorische Stütze zu betrachten, konnte er auch nicht. Den Kampf mit den Stalinisten alleine

führen, konnte er ebenfalls nicht. Es blieb ihm eben nur eine Wahl: Sich auf die Faktoren zu stützen, die zwar mit den Stalinisten gebrochen hatten, ohne dabei aber aus diesem Grunde zu Linken zu stossen, d.h. also auf das Zentrum der Partei, die gemässigte Mitte. Die Tatsache, dass die gemässigten Elemente in dem Zentralkomitee eine Mehrheit bilden, hat GOMULKA diese Entscheidung sicher nur erleichtert.

Einer der prominentesten Vertreter des Parteizentrums ist der Vorgänger GOMULKAs, der ehemalige 1. Sekretär des ZK - Edward OCHAB.

OCHAB, der vor einem Jahr noch als Stalinist galt und heute einer der prominentesten Vertreter der Parteimitte ist, stellt bestimmt nicht einen Mann dar, den man irgendwelche revisionistischen Gelüste nachsagen könnte. Seit dem letzten Oktober hat sich seine Position inner mehr gestärkt. Er zählt heute zu den einflussreichsten Männern um GOMULKA. Auf solche Männer wie OCHAB gestützt, kann man keinen anderen Kurs steuern als den, den GOMULKA eingeschlagen hat, denn gegen die Mehrheit des ZK kann auch ein GOMULKA nicht regieren. Mit der Mehrheit zu regieren, heisst aber die Beschlüsse der Mehrheit respektieren. GOMULKAs persönliche Position ist aus vielen Gründen sehr stark; sie erlaubt ihm jedoch keineswegs, sich wie ein Diktator zu gebärden.

Man hat GOMULKA den Vorwurf gemacht, dass er einerseits nicht nur darauf verzichtet habe, die Stalinisten zu bekämpfen und aus allen einflussreichen Positionen zu entfernen, sondern im Gegenteil vielen Stalinisten sogar, nachdem sie im Oktober schon beseitigt waren, jetzt neue Stellungen vererbe. Einer der verrufensten Natolin-Vertreter, der ehem. "Politische Erzieher" der Armee WITASZEWSKI, der gegen das VIII. Plenum putschen wollte, ist jetzt Militärattaché und das ausgerechnet noch in Budapest. Ein zweiter durch und durch kompromittierter Natoliner, der ehemaliger Gewerkschaftsleiter KLISIEWICZ, sitzt auf einem Vizeministersessel. Und der Prominenteste aller Natoliner, der stellvertretende Ministerpräsident NOWAK, hat - entgegen der allgemeinen Erwartung - diesen Posten auch in der neuen CYRANKIEWICZ-Regierung von Februar 1957 beibehalten. Die nächsten Mitarbeiter GOMULKAs wollen wissen, dass ihr Chef diese Personalpolitik mit Vorbedacht treibt. Er meint, dass es besser sei, allen seinen Feinden Stellungen zu geben, um sie so unter Kontrolle zu halten, als sie zur Untätigkeit zu verdammen, in der sie nur an eine Verschwörung denken würden. Er tut es aber auch noch aus einer anderen Überlegung heraus. Es schadet nichts, wenn die Russen ihre Vertrauten in der polnischen Regierung haben und so durch Augenzeugen erfahren, dass die polnische Regierung eine loyale und ehrliche Haltung dem "grossen Bruder" gegenüber einnimmt.

Die Russen zu überzeugen, dass er kein Verräter und Abtrünniger, kein verkaptter Feind, sondern ein ehrlicher Freund und guter Kommunist ist, scheint zu einer wahren Bedrängnis GOMULKAs geworden zu sein. Um diese Meinung bei den Russen zu erreichen, hat er manches aufgegeben, was er wahrscheinlich ohne Mühe hätte halten können. Es seien in dieser Richtung nur zwei Beispiele aus der Innen- und Aussenpolitik genannt: Er opferte den Sekretär der Warschauer Parteiorganisation, STASZIEWSKI, der den Russen ganz besondersein Dorn im Auge war und hat in der ungarischen Frage eine Haltung eingenommen, die mit seiner eigenen von November 1956 kaum zu vereinbaren ist.

Aber GOMULKA wirbt nicht, wie seine Vorgänger, um die Gunst Moskaus. Er will die Russen von der Redlichkeit seiner Absichten überzeugen, weil er nur bei wohlwollender Neutralität des Kremls sein Werk fortsetzen kann. Er ist aber weit davon entfernt, den Russen zu schmeicheln oder gar vor ihnen zu kriechen. Es ist bezeichnend, dass eine Anzahl von ungarischen und Oppositionellen in GOMULKA-Polen Asyl erhalten hat, obwohl das die Russen gewiß nicht erfreut.

Wir kommen jetzt zum Kern der Sache: GOMULKA hat sich in den internen staatlichen und parteilichen Angelegenheiten einen autonomen Bereich erkämpft. Um ihn nach aussen hin abzuschirmen, musste er Konzessionen machen. Von diesen Konzessionen behaupten die einen, dass sie notwendig waren; die anderen aber, dass sie unnötig gross waren. Aussenstehende Betrachter haben nicht einen solchen Einblick in die Situation, wie es bei GOMULKA der Fall ist. Sie können also schwer ein endgültiges Urteil darüber fällen. Wichtiger als das, worauf er verzichten mußte oder zu müssen glaubte, ist das, was erhalten blieb; und das ist nicht wenig.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der letzten Monate in Polen schenkt man dem internen Parteikampf der Personalpolitik GOMULKAs usw. entschieden zuviel Aufmerksamkeit. Aber nicht die Fraktionskämpfe der Regierenden, sondern die Lage der Regierten ist ausschlaggebend, wenn man darüber urteilen will, was von "polnischen Oktober" geblieben ist.

Wenn wir von diesem Standpunkt aus die Situation in Polen betrachten, so können wir zu dem Schluss, dass alles, was man als Oktobererrungenschaften bezeichnet, erhalten geblieben ist, dass sich seit dem Oktober fast nichts verändert hat.

Der Durchschnittsmensch in Polen lebt heute frei von der Angst, grundlos verhaftet oder verfolgt zu werden. Die Menschenwürde wird von Staat geachtet.

Es gibt keinen Gewissenszwang mehr, und die Kirche genießt dieselben Freiheiten wie in der freien Welt. Die Freiheit der Meinungsäußerung wird nur durch die Interessen der Allgemeinheit eingeschränkt. Auch Äußerungen, die sehr von der offiziellen Linie abweichen, werden nicht bestraft, soweit sie nicht gegen die gültigen Gesetze verstossen (wie beispielsweise bei der Rassenhetze). Auf wirtschaftlichem Gebiet ist der Staat ehrlich bemüht, alles zu tun, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Zu diesem Zweck hat man in der Industrie die Arbeiterräte geschaffen. Im Handel, in der Kleinindustrie und im Handwerk hat man der privaten Initiative nicht geringe Freiheiten eingeräumt. Ganz besonders profitiert von dem neuen Kurs die Landwirtschaft, jetzt frei von dem Kollektivierungszwang. Die wirtschaftliche Planung ist auf ihre eigentliche Bestimmung reduziert: Die geeignetsten Mittel für eine Erhöhung des Lebensniveaus zu finden. Die unsinnige Opferung der Interessen der ganzen Bevölkerung für einen abstrakten Plan gehört der Vergangenheit an.

Auf kulturellem Gebiet sind praktisch alle Freiheiten vorhanden, die man in einem westlich-demokratischen Staate findet. Die unsinnige Opferung der Interessen der ganzen Bevölkerung für einen abstrakten Plan gehört der Vergangenheit an.

Auf kulturellem Gebiet sind praktisch alle Freiheiten vorhanden, die man in einem westlich-demokratischen Staate findet. Jeglicher Zwang auf diesem Gebiete ist völlig ausgeschaltet.

Das alles ist ohne Zweifel die feste Errungenschaft einer Entwicklung, die im vergangenen Oktober ihren Ausgang nahm. Diese Errungenschaften betrachten die Menschen in Polen als unantastbar. Kein Arbeiter wird sich darüber besonders aufregen, dass Gomulka die Natoliner in die Regierung aufnimmt, statt sie zum Teufel zu jagen. Sollten sie wider Erwarten so stark und einflussreich werden, um ernsthaft zu versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, so werden die Arbeiter wieder auf die Strasse gehen, so wie sie es schon einmal in Posen getan haben. Das wissen in Polen alle: Die Regierenden und die Regierten. Die Bevölkerung ist fest entschlossen, die erkämpften Freiheiten zu verteidigen. Diese Feststellung unterliegt keinen Zweifeln. Und das ist die Bestätigung dafür, dass der Oktober lebt.

## 2. Streit um die Linke

Zwischen der parteiantlichen "Trybuna Ludu" und dem parteilosen Blatt "Zycie Warszawy" fand in den letzten Wochen eine Diskussion über den Begriff und die Rolle, die man dem linken Flügel der Partei zuschreiben soll, statt. Sie begann mit einem Artikel, der am 5. April in der "Trybuna Ludu" erschien. Dort konnte man u.a. folgendes lesen:

"Die Zeit, die nach dem Oktober kam, zeigte, dass nicht nur ausserhalb der Partei, sondern auch in der Partei selbst Kräfte, die durchaus uneinheitlicher Art waren, zum Umbruch getrieben haben. Aus der Kritik hat man verschiedene Schlussfolgerungen gezogen, und manche dieser Schlussfolgerungen waren weder mit der Perspektive des polnischen Weges zum Sozialismus noch mit einem den polnischen Realitäten entsprechenden Aktionsprogramm der Partei zu vereinbaren. Die Theorie über die innerhalb der Partei kämpfenden Strömungen und über die institutionelle Notwendigkeit einer Existenz der sog. "Linken" innerhalb der Partei war eine solcher falschen Schlussfolgerungen.

Es ist zweifelhaft, ob die Partei eine solche Institution sanktionieren würde, auch dann, wenn sie aus Erzintellektuellen bestehen sollte." (Hier wird an die Tatsache angespielt, dass hauptsächlich die Partei-Intellektuellen sich zu den Verfechtern der Linken gemacht haben.)

"In Polen gibt es Platz nur für eine Partei der Linken, nur für eine organisierte Kraft der revolutionären Linken, und das ist unsere Partei als Gesamtheit und ihr sozialistisches Programm."

Ein paar Tage später meldet sich in dem Blatt "Zycie Warszawy" (von 10. 4.) ein Publizist namens HAJNICZ, der folgendes entgegnete:

" ('Trybuna Ludu') ... stellt drohend fest, dass die Partei die Existenz einer solchen Institution nicht sanktionieren würde. Welche Institution wird denn hier gemeint und wozu diese Unklarheiten? Nennen wir die Sache beim Namen und sagen, dass die Partei mit der Bildung einer Fraktion in ihren Inneren nicht einverstanden sein wird, und sie soll auch nicht einverstanden sein. Aber sie ('Trybuna Ludu') weiss doch gut, dass eine Fraktionstätigkeit nicht von dieser Seite zu befürchten wäre ... (gemeint ist die Natolin-Gruppe, also die Stalinisten). Sowohl die Partei, als auch ihr linker Flügel ist gegen die Bildung von Fraktionen."

"Es scheint, dass die Existenz des linken Flügels, der weder eine Organisation noch übereinstimmende Ansichten und Haltungen vertritt, mit der nichtmechanischen und 'monolithisch' aufgefassten Einheit der Partei absolut zu vereinbaren wären."

Nach einer zweiwöchigen Pause meldete sich am 24. April "Trybuna Ludu" noch einmal zu diesem Thema. Federführend war diesmal der ehemalige Leiter der Propagandaabteilung beim ZK. WERBLAN:

"Unsere Partei steht auf den Boden der Leninschen Organisationsgrundsätze und damit lässt sich die "Flügeltheorie" nicht vereinbaren. Den

5 -  
Parteimitgliedern, die eine von der Mehrheit abweichende Haltung einnehmen, überlässt die Partei das Recht, ihre Meinung in der innerparteilichen Diskussion zu verteidigen. Man kann sich in der letzten Zeit über einen Mangel an Diskussionen wohl nicht beschweren...

Man kann aber nicht damit übereinstimmen, wenn die Einheit der Partei durch ein permanentes In-Zweifel-Ziehen der grundsätzlichen Beschlüsse geschwächt wird. Die Flügeltheorie ist praktisch nur eine Tarnung für den Kampf gegen die Politik der Partei."

WERBLAN verwahrt sich auch dagegen, dass HAJNICZ "den Gedanken aufstellt, dass die aktuelle realisierte Parteipolitik gegenüber den ideologischen Grundsätzen des Oktobers auf gewisse Abweichungen hinweist, dass - anders gesagt - die Praxis sich ungünstig von den programmatischen Prinzipien unterscheidet."

### 3) Stalinisten nehmen Rache

Der letzte Oktober und die darauffolgenden Monate brachten eine Verdrängung vieler Stalinisten aus der Spitze von Partei und Staat. Im Politbüro sind keine Mitglieder der Natolin-Gruppe vertreten, in der Regierung und im ZK sind sie in der Minderheit. Aber fast der gesamte Parteiapparat besteht aus Menschen, die immer noch in stalinistischen Kategorien denken und den ganzen Oktoberumschwung am liebsten ungeschehen machen würden.

Je weiter nach unten, eine umso grössere Rolle spielen die Konservativen, stalinistischen Kräfte. Unter den ersten Sekretären der Wojewodschaftsorganisationen gibt es noch eine Anzahl von Leuten, die sich auf den Boden des Oktobers stellten, aber die Exekutiven und die Komitees dieser Organisationen bestehen fast ausschliesslich aus Stalinisten.

Die Demokratisierung des gesamten Lebens in Polen hat auch die Parteiorganisationen getroffen. Die Stalinisten, die sich immer konsequent gegen jede Art von Demokratisierung auflehnten, begriffen schnell die Chance, die sich ihnen in einer Zeit bietet, in der sie in den höchsten Parteigremien praktisch nichts zu sagen haben. Die Tatsache, dass die Bezirks- und Kreisorganisationen zwar an die allgemeine Parteilinie gebunden sind, aber in vielen rein organisatorischen Fragen selbständig entscheiden können, wurde von ihnen sehr geschickt ausgenutzt, und zwar nicht nur, um die eigenen Positionen zu festigen, sondern auch um aus ihrem Bereich alle diejenigen zu verdrängen, die ihnen aus persönlichen und meritorischen Gründen verhasst waren. Die oberste Leitung der Partei, die sich jetzt an die Statuten gebunden fühlt und danach auch tatsächlich handelt, hat keine Handhabe mehr, in die Ent-

Scheidungen der untergebenen Parteiorgane einzugreifen, so weit diese ihrer ausschliesslich eigenen Kompetenz überlassen sind.

In den ersten Wochen nach dem Oktober wagten sich die Stalinisten nicht allzu sehr hinaus. Jetzt wissen sie, dass sie sich sicher fühlen können, wenn sie im Rahmen der durch das Statut versicherten Befugnisse handeln. Sie haben in der letzten Zeit ihre Positionen auch so weit festigen können, dass sie neu-lich zu einem Gegenschlag übergangen, auf den sie schon lange gewartet haben. Lesen wir in "Trybuna Ludu" vom 17. April Auszüge eines Berichtes von der Sitzung des Warschauer Provinzkomitees:

"Die Plenarsitzung gestaltete sich zu einer einseitigen, manchmal brutalen Auseinandersetzung mit der Parteizeitung für die Warschauer Umgebung. Offensichtlich werden jetzt die alten Rechnungen präsentiert. Im Laufe des Plenums behauptete man, dass die Bezirkszeitungen in einer "gewissen Zeit" gegen die Partei, ihr Aktiv und ihren Apparat gehetzt haben. Um was handelt es sich aber in Wirklichkeit? Niemand wird in der "Trybuna Mazowiecka" auch nur eine leise Spur dessen finden, was eine solche Beschuldigung rechtfertigen könnte. Einige der Anwesenden kamen mit der Sprache heraus: Es handelte sich um Reden, die einige Journalisten während der Oktober-Meetings gehalten haben."

Es braucht also nur ein halbes Jahr zu vergehen, damit die Stalinisten jetzt diejenigen zur Rechenschaft ziehen können, die damals gegen sie gewettert haben. Sogar die parteiantliche "Trybuna Ludu", die in der letzten Zeit wahrhaftig wenig Sympathien für die Linke zeigte, empört sich über die Dreistigkeit der Stalinisten, die jetzt anfangen, alte Rechnungen zu begleichen. Und was tut die oberste Parteileitung? GOMULKA schickte seinen Vertrauten, KLISZKO, der den Beratungen des Plenums beiwohnte und auch in der Diskussion das Wort ergriff. Das steht ihm zu. KLISZKO stellte fest, er habe den Eindruck, dass gewisse Sachen schon vor dem Plenum entschieden wurden. Er meinte, dass die Beschuldigungen des provinziellen Parteiblattes "Trybuna Mazowiecka" völlig zu Unrecht geschehen seien, konnte aber dennoch nicht verhindern, dass die Mitglieder des Wojewodschaftskomitees beschlossen, den Chefredakteur und seinen Stellvertreter abzusetzen und eine "kommisarisische Leitung" der Redaktion aufzustellen.

Die Ereignisse in der Wojewodschaft Warschau sind nicht vereinzelt. Neun Tage später meldete dieselbe "Trybuna Ludu" aus Rzeszow, dass auch dort eine Auseinandersetzung mit dem Redaktionsstab des dortigen Parteiblattes "Nowiny Rzeszowskie" stattgefunden habe, als deren Folge der Chefredakteur abgesetzt wurde.

Die zentrale Warschauer Presse, die dem ZK direkt untersteht, ist von dieser Kampagne deshalb verschont geblieben, weil hier die Stalinisten in der Minderheit sind.

#### 4) GOMULKA vor der Jugend

Ende April fand in Warschau die konstituierende Tagung des Sozialistischen Jugendverbandes statt. An Stelle eines einheitlichen Verbandes der Polnischen Jugend entstanden nach dem Oktoberumschwung zwei Jugendorganisationen: die obengenannte und der Verband der Dorfjugend. Beide Organisationen haben bei den Versuchen, die neue Jugendarbeit aufzubauen, recht wenig Erfolg zu verzeichnen.

Besonders schwer lastet auf der Jugend in der Vergangenheit die Bevormundung durch die Partei. Nach dem Oktober gab es dann Tendenzen, in denen es hiess, dass die Jugendorganisation völlig unabhängig gemacht werden müsse. Diese Tendenzen wurden von GOMULKA unterdrückt. Er selbst erschien am 25.4. auf der Tagung, um die Einstellung der Parteileitung in den Jugendfragen zu un-reissen:

"Es gibt ein Gesetz des Lebens, das unveränderlich ist: Der Lehrer der jungen Generation ist immer die ältere Generation. Die Jugend wird vom Alter belehrt, die Jüngeren müssen von den Älteren lernen...

Diese Wahrheit braucht ihr, damit für euch das Recht der Partei, die Rolle des Lehrers, des Erziehers und Leiters der Jugendorganisation zu erfüllen, klar begründet erscheint:

GOMULKA kam ferner auf die revisionistischen Tendenzen zu sprechen, die besonders unter den Jugendführern stark aufgetreten sind. (Die Studentenzeit-schrift "Poprostu" gilt als Hauptbollwerk des Revisionismus):

"Die Beseitigung des Flecken auf dem Sozialismus darf nicht mit revisionistischen Bürsten gemacht werden... Wir vollziehen eine gründliche Erneuerung und Reform im Leben des Staates und des Volkes. Dabei muss man behutsam darauf achten, dass man nichts Wertvolles der vergangenen Jahre verliert. Diese Gefahr existiert aber in den Reihen der Partei und in den Reihen der Jugend. Der alte Jugendverband beging in seiner Vergangenheit Fehler, für die unsere Partei mehr Verantwortung trägt, als er selbst. Von diesen Fehlern soll man sich distanzieren. Aber von den wertvollen Errungenschaften der Vergangenheit soll man alles übernehmen."

Über die bisherige Tätigkeit des neuen Sozialistischen Jugendverbandes sagte GOMULKA:

"Eure Organisation beging in der kurzen Zeit ihres Bestehens viele Fehler.

Demagogie und Phrasendrescherei haben oft das Handeln ersetzt. Auf der Suche nach neuen Lösungen ist sie oft auf Abwege gekommen.

Um diese Fehler in der Zukunft vermeiden zu können, müsst ihr den Charakter einer Klassen-, Arbeiter- und Großindustriellen Organisation bekommen...

Die Hauptquelle eurer Schwäche war die bis vor kurzem noch allgemein bei euch anerkannte These über den avantgardistischen Charakter des Verbandes der Sozialistischen Jugend."

GOMULKA warnt vor der Tendenz, sich von der Masse der Jugend zu isolieren und verlangte eine feste Anlehnung an die Millionen Jugendlicher, die nicht außerhalb des Aktionsradius der Jugendorganisation bleiben dürfen.

Während der anschließenden Diskussion der Tagungsdelegierten hat man durchaus nicht den Eindruck gehabt, daß alle Jugendführer von den Argumenten GOMULKAS überzeugt waren. Besonders die Frage "Massenorganisation oder avantgardistische Organisation" wurde heftig diskutiert.

## II. Wirtschaft

### 1) Kompetenzen der Arbeiterräte

"Trybuna Ludu" polemisiert am 7. April gegen die Behauptung der Zeitschrift "Poprostu", die Arbeiterräte könnten praktisch "über nichts selbständig entscheiden" und unter solchen Umständen habe ihre Existenz keinen Zweck. Das parteiamtliche Blatt tritt besonders scharf gegen die von "Proprostu" gestellte Forderung auf, die Betriebe (also die Arbeiterräte) sollen das Recht bekommen, nach eigenem Ermessen die Preise für die selbsthergestellten Artikel festsetzen zu dürfen. Darüber schreibt "Trybuna Ludu":

"Wenn man den Arbeitern erklären würde, was hinter dieser Forderung steckt, würden sie selbst schleunigst darauf verzichten. Wir halten mit Schwierigkeiten das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage der Waren auf dem Innenmarkt. In vielen Fällen steht das Angebot hinter der Nachfrage. Würde man in einer solchen Situation den Betrieben das Recht einräumen, die Preise selbständig festzusetzen, so würde das eine allgemeine Preisbewegung zur Folge haben. Bei dieser Preisbewegung würden gerade die Arbeiter die Leidtragenden sein:..

Nur Dank staatlicher Subventionen ist es möglich, viele Preise auf dem heutigen Niveau zu halten ...

Man kann den Betrieben auch nicht das Recht geben, Menge und Assortiment

der Produktion selbst zu bestimmen. Bei den meisten wichtigen Artikeln, wie Kohle, Stahl, Produkte der chemischen Industrie und Maschinenindustrie muss Menge und Assortiment der staatlichen Zentralplanung überlassen werden. In anderen Fällen, ganz besonders in der Lebensmittel- und Baustoffindustrie, sollen die Produktionsbetriebe dieses Recht beibehalten."

## 2) Bauern sind nicht im Nachteil

Der Landwirtschaftsminister OCHAB umriess bei der Plenarsitzung des polnischen Parlaments die aktuellen Probleme der Regierungspolitik in seinem Ressort. OCHAB stellte fest, daß die Bauern etwa 12 % der staatlichen Budgeteinnahmen eingebracht haben. Fast der gesamte Rest, also über 80 %, stammt aus den direkten oder indirekten Leistungen der Arbeiterklasse, die also den Löwenanteil der Kosten für die Unterhaltung des Staates und die Entwicklung seiner Wirtschaft tragen.

Dagegen partizipieren die Bauern mit 25 % bei der Herstellung des Nationalproduktes, obwohl sie fast 46 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Man kann also keineswegs von einer Benachteiligung in Bezug auf die Steuern bei den Bauern reden.

OCHAB versicherte, dass der Staat nicht daran denkt, die Steuerlast des Dorfes in Zukunft zu vergrössern. Im Gegenteil, viele Lasten werden sogar noch verringert, das betrifft besonders die Pflichtablieferungen von Getreide und Kartoffeln.

OCHAB stellte fest, dass die Regierung auch in Zukunft diejenigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unterstützen wird, die sich auf eine gesunde ökonomische Basis stützen. Die Staatsfarmen, die immer noch mit einem Defizit arbeiten, sollen im Laufe des Jahres 200 000 ha abtreten, die den Einzelbauern und Repatrianten zur Bebauung zugewiesen werden. (Nach "Zycie Warszawy" vom 27. April).

## 3) In 10 Jahren...

Die wöchentlich erscheinende "Przeglad Kulturalny" hat an viele namhafte Politiker, Wirtschaftler, Kulturschaffende usw. einen Fragebogen mit der Umfrage versandt, wie sie sich Polen in 10 Jahren vorstellen. In der Nr. 16 der Zeitschrift antwortete u.a. einer der führenden polnischen Ökonomen, Mitglied des wirtschaftlichen Beirates beim Ministerpräsidenten, Edward LIPINSKI. Ein Satz aus seinem Beitrag verdient, hier wörtlich zitiert zu werden:

"Es hat sich herausgestellt, daß die Basis der landwirtschaftlichen Produktion ein Familienhof von 20 ha Größe ist. Sie wird stark mechanisiert sein und sich auf das entwickelte Genossenschaftswesen stützen können."

### III. Soziale Probleme

#### 1) Hilfe für die Heimkehrer aus Rußland

Nach Angaben der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 17. April sind im 1. Vierteljahr 1957 etwa 26 000 polnische Zwangsverschleppte, ehem. Häftlinge und bisher an der Rückkehr verhinderte Spätheimkehrer in Polen eingetroffen. Man schätzt, daß ihre Zahl im Jahre 1957 120 000 ausmachen wird. Davon werden ein Drittel Bauern sein, etwa 80 000 werden in den Städten angesiedelt. Etwa 3 000 Bauernhöfe und 7 500 Arbeitsplätze erwarten diejenigen, die sich auf dem Lande niederlassen werden. 800 Mill. Zloty hat der Staat für die Heimkehrerhilfe bestimmt.

Das Problem der Ansiedlung der Heimkehrer soll mit der wirtschaftlichen Aktivierung der Westgebiete verbunden werden. Die heimkehrenden Bauern werden für drei Jahre von den Steuern befreit, zwei Jahre lang werden sie von den Pflichtablieferungen befreit sein und erst nach fünf Jahren werden sie die ersten Raten für die ihnen zugewiesenen Bauernhöfe bezahlen müssen.

Für die Heimkehrer, die sich in den Städten niederlassen, werden 10,5 Tausend Wohnungen freigestellt. Man erwartet allgemein, dass das Heimkehrerproblem die verzweifelte Wohnungslage in Polen noch verschlechtern wird, die Hilfe für die Heimkehrer verlief bis jetzt nicht immer befriedigend. Zahlreiche dieser Menschen konnten weder Wohnung noch Arbeit finden, so dass unter ihnen Stimmen laut wurden, die besagten, dass sie vielleicht doch lieber in der SU bleiben sollten.

#### 2) Bestverdiener

Am 14. April weist "Trybuna Ludu" die Beschuldigung zurück, in Polen hätte sich die Bürokratie auf Kosten der Arbeiterklasse ein bequemes und gutes Leben geschaffen. Das Blatt bringt Statistiken über die "Bestverdiener" in Polen, die vom September 1956 stammen. Nach den aufgeführten Zahlen gab es in der Verdienstspalte 2.500 bis 3.000 Zloty pro Monat, 87.800 Angestellte und Beamte und 53.800 Arbeiter. Bei denjenigen, die 3.000 bis 5.000 Zloty verdienen, gab es 64.700 Arbeiter und 45.800 Angestellte und Beamte. Unter denen, die über 5.000 Zloty verdienen gab es 6.200 Arbeiter und 4.800 Angestellte und Beamte.

Das Blatt meint, in den letzten Monaten hätten sich diese Proportionen noch zugunsten der Arbeiter verbessert.

Diese Rechnung umfasst jedoch nur 263.100 Beschäftigte, offenbar, weil die Mehrzahl unter 2.500 Zloty verdient. Der Wert der Statistik ist entsprechend der Anzahl verschwiegener Arbeitnehmer gering.

### 3) Statistiken

Am 31. Dezember 1956 zählte Polens Bevölkerung 28.070.000 Einwohner. Davon lebten in den Städten 12.590.000 und auf dem Lande 15.480.000. Es gibt 13,5 Mill. Männer und 14.569 Mill. Frauen in Polen.

Die grösste Stadt Polens, Warschau, zählt jetzt 1.023.000 Einwohner, die zweitgrösste Stadt ist Lodz mit 682.000.

Die grösste Einwohnerzahl weist die Wojewodschaft Kattowitz mit 3.096.000 auf, die kleinste Wojewodschaft ist Koszalin mit 648.000 Einwohnern.

### B. Polen und Ausland

#### 1) Polnischer Besuch in China

Auf einer fünfwöchigen Reise besuchte eine polnische Regierungsdelegation unter Führung von Ministerpräsident CYRANKIEWICZ sieben süd- und ostasiatische Staaten. Die wichtigsten Stationen dieser Reise waren Indien und China.

Am 11. April wurde in Peking eine polnisch-chinesische Deklaration unterzeichnet, in der es u.a. lautet:

"Die Regierung der Volksrepublik China betont abermals, dass die bestehende Westgrenze der Volksrepublik Polen an der Oder und Lausitzer Neiße eine unantastbare Friedensgrenze zwischen Polen und Deutschland ist, die mit den Interessen der europäischen Sicherheit übereinstimmt.

Zum wiederholten Male stellen beide Staaten fest, dass sie die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung Ungarns in ihrem Kampf um die Festigung des Sozialismus und um die Überwindung der Auswirkungen der Fehler der Vergangenheit vollauf unterstützen und den ungarischen Volk bei der Beseitigung der derzeitigen grossen Schwierigkeiten weiter helfen werden.

Die Volksrepublik China verfolgt mit Genugtuung die Erfolge, die von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nach dem VIII. Plenum des ZK der PVAP errungen wurden. Die Regierung der Volksrepublik China ist fest davon überzeugt, daß die Volksrepublik Polen einen immer grösseren Beitrag zur Festigung der grossen Familie der sozialistischen Staaten leistet."

Während einer Pressekonferenz, die nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Deklaration stattfand, unterstrich Ministerpräsident CYRANKIEWICZ die grosse Genugtuung der polnischen Delegation über die Tatsache, dass die chinesischen Freunde tiefes Verständnis für die sozialen Prozesse in Polen und in der Arbeit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sowie für die Perspektiven

der Entwicklung der Beziehungen der Völker zum Wohle des Friedens bekundet haben.

(Laut "Trybuna Ludu" vom 12. April).

## 2) CHRUSCHTSCHOW freundschaftlich

Auf der Rückreise nach Warschau wurde von der polnischen Delegation noch ein letzter kurzer Aufenthalt in Moskau eingelegt. Während eines Empfanges in der polnischen Botschaft in Moskau ergriff CHRUSCHTSCHOW das Wort: Mit Nachdruck hob er mehrmals die engen Freundschaftsbande zwischen Polen und der SU, zwei sozialistischen Staaten, hervor. Er verwies auf die Bedeutung der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen allen Staaten, den kleinen wie den grossen, und stellte fest, dass die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und Neisse unantastbar sei.

"Wir werden die Freundschaft mit dem polnischen Volk festigen. Die Polen sind unsere Nachbarn. Wir haben nicht wenig gemeinsame Gegner. Uns vereinigen gemeinsame Interessen des sozialistischen Aufbaus. Uns vereint alles, was die Verteidigung des Friedens und die Sicherheit unserer Länder betrifft. Die Grenze an der Oder und Neisse ist eine Friedensgrenze, sie ist Eure und unsere Grenze. Wenn irgendjemand Eure Grenze überschreiten sollte, so bedroht er damit nicht nur Euch, sondern auch die Sicherheit der Sowjetunion. Wir verstehen mit Euch, unsere polnischen Freunde, sehr wohl die Notwendigkeit einer Festigung der Freundschaft zwischen unseren Ländern- Die SU hat der Volksrepublik Polen stets geholfen und hilft ihr, und wir werden auch nicht davon abgehen, Euch auch in Zukunft zu helfen. Die Feinde des Sozialismus, die Feinde der Freundschaft zwischen den sozialistischen Ländern, beschuldigen uns oftmals, dass wir, indem wir Hilfe leisten, angeblich irgendwelche besonderen Ziele im Auge haben. Wir hatten jedoch und haben keine anderen Ziele als die Festigung der Freundschaft der Länder des sozialistischen Lagers."

Alle sowjetischen Führer gaben den Polen gegenüber ihrer Befriedigung über den Verlauf und Ausgang der Asienreise Ausdruck.

## 3) Reisebericht

Am 20. April kehrte die polnische Delegation mit CYRANKIEWICZ an der Spitze von ihrer Asienreise nach Warschau zurück. In der ersten Erklärung des polnischen Ministerpräsidenten über die Bedeutung dieser Reise hiess es u.a.:

"Der Besuch unserer Regierungsdelegation hat zweifellos zum besseren Verständnis für die polnische Situation bei den Regierungen und Bevölkerungen der von uns besuchten Länder beigetragen. Bedenkt man, dass diese Länder von über einer Milliarde Menschen bewohnt werden, dass sie ver

schiedene sozial-politische Systeme repräsentieren, dass sie in der internationalen Politik eine immer grössere Rolle spielen, dann wird es begreiflich, warum wir dieser Reise so grosse Bedeutung beigemessen haben.

Wir haben während unserer Reise Länder mit unterschiedlichen Systemen besucht und damit einen praktischen Beweis für das von uns vertretene Prinzip der friedlichen Koexistenz erbracht. Die bloße Tatsache, dass wir bei vielen Schlüsselproblemen einen gemeinsamen Nenner finden konnten, sowohl mit dem sozialistischen China als auch mit dem sich auf völlig anderem Wege entwickelnden Kambodscha, ganz abgesehen von Indien, ist ein ausreichender Beweis dafür, wie gross die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auch auf politischem Gebiet sind, wenn nur der beiderseitige Wunsch vorhanden ist.

Schliesslich gebührt dem Austausch von Ansichten und Meinungen mit anderen sozialistischen Ländern, vor allen mit den führenden Männern Volkschinas große Bedeutung. Man kann sagen, daß es ungeachtet der großen Unterschiede zwischen uns und China viele gemeinsame Probleme und viele Ähnlichkeiten gibt.

Es hat sich gezeigt, dass ähnlich wie wir die berechtigte und gerechte Haltung Indiens in der Kaschmir- oder Goa-Frage unterstützen, auch Indien eine unserer Ansicht nahekommende Auffassung über den Weg zur Lösung des Deutschlandproblems und zur Festigung des Friedens in Europa vertritt.

Es hat sich erwiesen, daß wir trotz der großen Unterschiede in der Kultur, Sprache, in den sozialen Verhältnissen und Traditionen ähnliche Ansichten über den Aufbau des Sozialismus vertreten wie China. Die bei uns auf dem VIII. Plenum zum Ausdruck gebrachten Gedanken und die in China aufgestellte These vom 'Erblühen aller Blumen' und 'von den zwei Arten von Widersprüchen in der Gesellschaft', gleichen sich, was die Dogmatiker oft nur widerwillig begreifen wollen.

Es hat sich gezeigt, dass uns ein mit den sozialistischen Ländern Asiens gemeinsames Streben nach Festigung der Einheit der sozialistischen Völkerfamilie verbindet.

Abschliessend möchte ich noch die herzlichen Gespräche erwähnen, die wir mit den sowjetischen Genossen, mit Chruschtschow, Bulganin u.a. geführt haben, als wir auf unserer Durchreise in Moskau Station machten. Diese Gespräche haben in uns noch mehr die Überzeugung gefestigt, dass sich die polnisch-sowjetische Freundschaft nach unserem VIII. Plenum, nach der Wiedergutmachung der in der Vergangenheit vorgekommenen Fehler nunmehr immer besser auf gesunden, richtigen Prinzipien entfaltet."

#### 4) Zwölfter Jahrestag des polnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages

Am 18. 4. jährte sich zum 12. Male der Tag der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Vertrages "über Freundschaft und gegenseitigen Beistand". Auf einer Veranstaltung, die aus diesem Anlass im Warschauer Opernhaus stattfand, hielt der stellvertretende Ministerpräsident JAROSZEWICZ eine Ansprache, in der er u.a. sagte:

"Wenn wir in Laufe der verflissenen 12 Jahre auf dem Wege zur Umgestaltung Polens in ein modernes Industrieland beträchtlich vorangekommen sind, wenn unsere Volkswirtschaft Millionen Menschen beschäftigt - die vor dem Kriege zur Arbeitslosigkeit verurteilt waren und es auch weiterhin wären, beständen in unserem Lande noch kapitalistische Verhältnisse - so wurde die Vollbringung dieses grossen Werkes durch die Volksmacht eben dank der gegenseitigen Hilfe und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und vor allem mit der UdSSR möglich.

Wir haben gelernt, uns zu unserer Arbeit in den vergangenen Jahren kritisch zu verhalten. Dies gilt auch für die polnisch-sowjetischen Beziehungen. Wir vermögen es auch hier, neben den bedeutsamen Errungenschaften die Fehler zu sehen, die wir im beiderseitigen Interesse beseitigen, im Interesse der Festigung unserer Freundschaft und Zusammenarbeit.

Heute wissen wir, indem wir Vorbilder aus den verschiedenen Lebensgebieten der SU übernommen haben, diese Vorbilder oft kritiklos und mechanisch anwandten, dass wir sie nicht immer den in unserem Lande herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen und unseren zu Recht bestehenden Traditionen angepaßt haben.

Wir sind uns darüber im klaren, daß in den Beziehungen zwischen unseren Ländern im Laufe der vergangenen 12 Jahre auch anomale und schädliche Erscheinungen aufgetreten sind, die den Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung aller Völker, namentlich der Völker, die in ihren Ländern den Sozialismus aufbauen, dem Geiste des Vertrages vom 21. 4. 1945 widersprachen. Wir sprechen darüber aufrichtig und offen."

"Ein beredter, in Leninschen Sinne prinzipieller Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist die gemeinsame polnisch-sowjetische Erklärung vom 18. November 1956. Sie ist ein Dokument von enormer Bedeutung für die weitere Vertiefung der Freundschaftsbeziehungen zwischen Polen und der SU... Seit dem 18. November 1956 ist noch nicht viel Zeit verflissen, und dennoch trägt das an diesen Tage abgeschlossene Abkommen bereits seine ersten Früchte.

Wir haben das Abkommen über den Rechtsstatus der auf dem Territorium Polens zeitweilig stationierten sowjetischen Truppen abgeschlossen,

ein Abkommen, das den höchsten Ausdruck der Achtung der Souveränität und der Interessen der Bürger der Volksrepublik Polen darstellt.

Wir haben das Handelsabkommen mit der UdSSR für das Jahr 1957 abgeschlossen, das ein augenscheinlicher Beweis der Wahrung des Geistes und des Buchstabens unserer Verträge, des vollen Verständnisses der UdSSR für unsere Erfordernisse und für die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist. Wir haben das Abkommen über die Repatriierung der Polen aus der SU abgeschlossen. In dieser Frage, an der Millionen unserer Landsleute zutiefst interessiert sind, die Verwandte und Freunde haben, die noch in der UdSSR weilen, hat die Sowjetregierung alle unsere Wünsche berücksichtigt. Zehntausende Rückkehrer sind schon in Polen eingetroffen...

Wir sind nicht Feinde des deutschen Volkes, eines arbeitsamen und befähigten Volkes, welches der Welt viele Denker und Schöpfer geschenkt hat; und haben auch nie seine Existenz und friedliche Entwicklung bedroht. Wir unterstützen voll auf die Bemühungen dieses Volkes um Wiedervereinigung zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staat. Mit Befriedigung beobachten wir die Entwicklung der DDR, des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates. Mit Freude stellen wir fest, daß auch in Westen Deutschlands unter Menschen, die uns weltanschaulich und mit ihren politischen Ideen fernstehen, die friedlichen Bestrebungen an Stärke zunehmen und dass das Verständnis für die Verderblichkeit des Wettrüstens, namentlich des Atomwettrüstens, wächst. Die letzte Erklärung der achtzehn deutschen Atomphysiker, die es ablehnen, ihr Wissen für Kriegszwecke herzugeben, hat uns mit Mut erfüllt. Wir können aber auch nicht die Stimmen der deutschen Chauvinisten ungehört verklingen lassen, die in letzter Zeit ihren Druck auf alle nüchtern denkenden Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verstärken, die sich der Irrealität und Schädlichkeit des antipolnischen Revisionismus bewusst sind.

Unter diesen Umständen sind wir uns der Notwendigkeit einer Verstärkung auch der militärischen Zusammenarbeit der durch eine imperialistische Aggression gefährdeten sozialistischen Staaten bewusst - der Notwendigkeit einer Stärkung des Warschauer Vertrages. Wir sind gegen jedwede Militärpakte. Wenn aber ein solcher Militärpakt existiert wie die NATO, wenn in diesen Pakt Westdeutschland eine immer grössere Rolle spielt, dessen regierende Kreise offen eine Änderung des gegenwärtigen Grenzverlaufs in Europa fordern, dann ist auch eine militärische Zusammenarbeit aller durch eine derartige aggressive Abmachung bedrohten Staaten unzugänglich."  
(Laut "Trybuna Ludu" vom 19. April.)

## 2) Kreditlieferungen der DDR an Polen

Am 17. April ist in Berlin zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der DDR ein Abkommen über Zusammenarbeit beim Aufbau von Braunkohle Tagebauen in Polen unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Abkommens erhält die Volksrepublik Polen von der DDR auf der Grundlage eines langfristigen Kredits Projekte, Maschinen und Ausrüstungen für den Aufbau von fünf Braunkohle Tagebauen mit einer Jahresförderkapazität von 35 Millionen t.

Die Volksrepublik Polen liefert der DDR Stahl, Walzerzeugnisse usw., die für die Produktion dieser Maschinen und Ausrüstungen erforderlich sind. Die Lieferungen der Maschinen und Ausrüstungen aus der DDR beginnen noch in diesem Jahr.

Der Kredit wird durch Lieferungen von Kohle oder Koks getilgt, seine Rückzahlung beginnt im sechsten Jahre nach Baubeginn nach Maßgabe der erhaltenen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen.

Hierzu schrieb die "Trybuna Ludu" in einem Kommentar, dass die Gewährung eines langfristigen Investkredits in Höhe von 400 Millionen Rubel durch die DDR (in Dollar umgerechnet gleich 100 Millionen Dollar) eine Tatsache von großer Wichtigkeit sei, da sie nur als ein Ausdruck der freundschaftlichen und brüderlichen Zusammenarbeit beider Länder gewertet werden könne.

Es gehe darum, dass die Regierung der DDR Polen nicht nur zu Hilfe eile bei der Entwicklung der Braunkohleindustrie, die mit Rücksicht auf das Fehlen von freien Finanzmitteln bisher nicht im erforderlichen Tempo entwickelt werden konnte, sondern dies geschehe auch unter ungewöhnlich günstigen Bedingungen, die voll auf die polnische Wirtschaftslage berücksichtigten.

## 6) Polens Aussenhandel

Auf einer Pressekonferenz am 18. April informierte Aussenhandelsminister Witold TRAMPCZYNSKI die Presse über einige aktuelle Probleme des Export- und Importplanes. Die diesjährigen Exportplanaufgaben sind im Vergleich zum Jahre 1956 um 5 % niedriger gehalten. Dagegen wird der Import um 25 % zunehmen. Der Wert des Exports beträgt 3671 Millionen Rubel, der des Imports 4564 Millionen Rubel. Wie ersichtlich, ergibt sich hieraus ein Negativsaldo, der etwa 900 Millionen Rubel ausmacht. Im einzelnen wird der Export von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Kleinwaren verringert, wohingegen der Export von Maschinen und Ausrüstungen von 13,9 % im Vorjahre auf 23,3 % in diesem Jahre anwächst.

Das 900 Millionen Rubel betragende Defizit soll nach Angaben des Ministers z.T. durch sowjetische Gebühren aus dem Transitverkehr (400 Mill.) und durch ausländische Anleihen gedeckt werden.

#### 7) Polens Handel mit der Bundesrepublik

Nach der Wiedergewinnung seiner Unabhängigkeit waren die Umsätze Polens mit den Besatzungszonen Westdeutschlands (Trizone) minimal.

Erst das Jahr 1955 brachte eine Änderung. Der Wert des Exports erreichte damals die Summe von 29,5 Mill. Dollar und der des Imports 23,5 Mill. Dollar.

Im Jahre 1956 machte sich noch eine weitere bedeutendere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland bemerkbar. Der Wert des Exportes überschritt 53 Mill. Dollar und der des Importes erreichte fast 56 Mill. Dollar. Somit rückte die Bundesrepublik Deutschland in polnischen Aussenhandel auf den vierten, und in den Umsätzen mit den kapitalistischen Ländern auf den ersten Platz, wobei sie England ein wenig zurückliess.

Wenn wir den Umsätzen mit der Bundesrepublik Deutschland die mit der DDR hinzufügen, die 1956 auf 942 Mill. Rubel - 235,5 Mill. Dollar ausmachten, so zeigt sich, dass sich der Handelsaustausch Polens mit dem Gesamtgebiet Deutschlands im vergangenen Jahr auf 344 Mill. Dollar, d.h. auf fast 18 % der Umsätze in diesem Zeitraum belief und an Grösse lediglich den Umsätzen mit der SU nachstand.

Im Jahre 1956 stieg der Kohleexport (842000 to), die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen (58600 to), Zink (1051 to), Chemikalien (etwa 2 Mill. Dollar), Schweinefleisch (12400 to), Geflügel (6000 to), Eiern (170 Mill. Stück.)

Im Import aus der Bundesrepublik Deutschland stieg 1956 die Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungen fast um das Doppelte (rund 11 Mill. Dollar). Desgleichen nahm die Einfuhr von Walzwerkerzeugnissen, Chemikalien, Gummirung, Gebstoffen und Kunstdärmen zu. Die Hauptursache für das Ansteigen des Importes war jedoch der Kauf von Roggen und Mehl. (295000 to).

#### 8) Warenaustausch Polen - SU

In Moskau wurde am 9. April ein Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen beider Länder im Jahre 1957 unterzeichnet. Darin wird u.a. festgelegt, dass der Warenverkehr im Vergleich zum Vorjahre um etwa 23 % höher sein wird. Vor allem wird der Import einer Reihe von Rohstoffen aus der UdSSR erweitert. Polen wird u.a. 4 Mill. to Eisenerz, 176 000 to Manganerz, Buntmetalle (Kupfer, Aluminium), 70000 to Baumwolle, ausserdem Erdöl in einer

Menge, das seinen vollständigen Importbedarf an diesem Treibstoff deckt, sowie über 70 000 to Erdölprodukte wie Motorenbenzin, Öl, Naptha usw. einführen.

Die bedeutendste Position polnischer Ausfuhren in die UdSSR werden in diesem Jahr Maschinen und Ausrüstungen sowie Transportmittel sein. Der Exportwert dieser Warengruppe wird sich auf insgesamt rund 400 Mill. Rubel belaufen. Dazu gehören vor allem die Werte des ausgeführten Eisenbahnmaterials und der Schiffe, sowie die Werte der erstmalig an die UdSSR verkauften kompletten Industrieobjekte.

Die Kohlelieferungen an die UdSSR werden in diesem Jahr niedriger sein als im Vorjahr und sich auf 3 Mill. to Kohle sowie 200 000 to Koks belaufen.

Auf der Exportliste fehlen in diesem Jahr solche traditionellen polnischen Ausfuhrartikel in die SU wie Zement und Zucker. Ebenso wurde gegenüber dem Vorjahr auch der Export an Wollstoffen verringert.

Die Preise für die Waren, die im Rahmen der polnisch-sowjetischen Handelsbeziehungen umgesetzt werden, wurden nach dem Stand der Weltmarktpreise festgesetzt.

Anhang:

Die polnische Regierung

(Stand: 1. April 1957)

Ministerpräsident	J. CYRANKIEWICZ
Stellvertr. Ministerpräsident	S. IGNAR
	P. JAROSIEWICZ
	Z. NOWAK
Minister für Bauwesen und Baustoffindustrie	Stefan PIETRUSIEWICZ
Finanzminister	Tadeusz DIETRICH
Leiter des Ministeriums für Kommunalwirtschaft	Stanislaw SROKA
Minister für Kohlenbergbau und Energiewirtschaft	Franciszek WANIOLKA
Minister für Aussenhandel	Witold TRAMPCZYNSKI
Minister für Binnenhandel	Marian MINOR
Minister für Bergbau und Maschinenindustrie	Kiestut ZEMAJTIS
Minister für Bahn-, Strassen- und Lufttransport	Ryszard STRELECKI
Minister für Staatskontrolle	Jan GORECKI
Minister für Kultur und Kunst	Karol KURYLUK
Minister für Forstwesen und Holzindustrie	Jan DAB-KOCIAL
Minister für Verbindungswesen	Jan RABANOWSKI
Minister für Volksbildung	Wladyslaw BIENKOWSKI
Verteidigungsminister	Marian PSYCHALSKI
Minister für Arbeit und Sozialwesen	Stanislaw ZAWADZKI
Minister für Chemische Industrie	Antoni RADLINKSI
Minister für Leichtindustrie	Eugeniusz STAWINSKI
Minister für Kleinindustrie und Handwerk	Zygnunt MOSKWA
Minister für Lebensmittel- industrie und Bevorratung	Feliks PISULA
Landwirtschaftsminister	Edward OCHAB

Minister für innere  
Angelegenheiten

Minister für  
auswärtige Angelegenheiten

Justizminister

Minister für Hochschulwesen

Gesundheitsminister

Minister für Schifffahrt

Minister ohne Portefeuille

Leiter des Planungskomitees

Wladyslaw WICHA

Adam RAPACKI

Marian RYBICKI

Stefan ŻOLKIEWSKI

Ragnund BARANKSI

Stanislaw DARSKI

Jerzy SZTACHELSKI

S. JEDRYCHOWSKI